

Enthüllt: Der wahre Grund des „Ampel-Aus“ und was die US-Wahl damit zu tun hat

Von Guido Grandt

„Ampel-Scherbenhaufen“ und ein „abgewracktes Deutschland“

Die Ampel ist tot! Gestorben auf dem politischen Altar links-rot-grüner und auch gelb-liberaler Ideologie, beweihräuchert von ökosozialistischen, woken, Gender- und Klimawandel-Priestern, die Deutschland wahrlich an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Die Selbstdarsteller von SPD, FDP und den GRÜNEN, mit schwacher Führung und noch schwächeren Ergebnissen, haben es in drei Jahren geschafft, eine der größten Krisen seit Bestand der Bundesrepublik Deutschland auszulösen.

Aber nicht nur die Ampel „hat fertig“ – nach einer jüngsten Umfrage sind lediglich 14 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden¹ – sondern auch das gesamte Land, das geradezu in Schutt und Asche liegt. Zumindest was die desaströse wirtschaftliche Situation anbelangt, ganz zu schweigen vom außenpolitischen „Kriegszündeln“ gegen Russland.

Zur Erinnerung: Gerade erst senkte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose für Deutschland für das laufende Jahr um weitere 0,2 Prozentpunkte ab. Im kürzlich vorgestellten Jahresbericht geht der IWF von einem Nullwachstum der deutschen Volkswirtschaft aus. Das bedeutet das schwächste Wachstum aller führenden westlichen G7-Industriestaaten!² Kein Wunder bei der zunehmenden Deindustrialisierung, nicht zuletzt durch die „grüne Energiewende“. Auch sozialpolitisch bleibt die Republik ein Trümmerhaufen: Die Zahl der Armutsgefährdeten in Deutschland stieg 2023 auf 17,7 Millionen Menschen; das sind sage und schreibe 21,2 Prozent der Bevölkerung!³ Und das wohlgermerkt unter eine roten, sozialdemokratisch geführten Regierung, mit viel grünem Salat und wenig gelbgefärbter Beilage. Deutschland ist zum „kranken Mann“ Europas verkommen und befindet sich in schwerer politischer Schiefelage. Das sind die Fakten.

„Trump-Schock“ und die Auswirkungen auf die deutsche Politik

Nach dem unerwarteten und vor allem „unerwünschten“ Sieg Donald Trumps verfiel Deutschland geradezu in einen Schockzustand. Der GRÜNEN-Bundeswirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck, der sich jüngst als Kanzlerkandidat seiner Partei kürte, schien schon kurz nach Bekanntwerden des Ergebnisses der US-Wahl die Katastrophe zu erahnen, die sich längst über Berlin zusammengebraut hatte und sich gleich darauf entladen sollte. So warnte er die Ampel indirekt vor einem Scheitern. Es sei nun Zeit für Staatsverantwortung. „In dieser Situation muss Deutschland voll handlungsfähig sein“, erklärte Habeck.⁴

Zudem machte er klar: „Die Konsequenz dieses Wahlausgangs in den USA kann ja nur sein, dass Deutschland in Europa nicht ausfallen kann. Und ich glaube, mit der gleichen Klarheit und Ernsthaftigkeit werden die Gespräche jetzt geführt.“⁵

Tatsächlich verhandelten GRÜNEN-Habeck, SPD-Kanzler Scholz und FDP-Finanzminister Christian Lindner über den Kurs in der Wirtschaftspolitik sowie den Bundeshaushalt 2025. Dabei galt schon in diesen Tagen und Stunden ein Bruch der Ampel für nicht ausgeschlossen.

CSU-Chef Markus Söder indes forderte wegen des Siegs von Trump Neuwahlen in Deutschland. Denn einen „gestärkten Donald Trump wird eine schwache und zerstrittene Bundesregierung wenig beeindrucken“, verkündete er.⁶

Alles Wichtige über Donald Trump, warum er vom Establishment gefürchtet und gehasst wird, welche Skandale um ihn ranken, Hintergründe zu den beiden Attentatsversuchen, wie der US-Wahlkampf manipuliert wurde und wie sich die Deutschen eingemischt haben, enthülle ich der brandaktuellen und hochbrisanten Broschüre *Donald Trump – Licht oder Schatten? Krieg oder Frieden? Deutschlands Zukunft in Gefahr?* Demnächst kostenlos bei DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.). Ebenso zeige ich sämtliche Fakten zu Trumps linker Kontrahentin Kamala Harris auf und was uns erspart geblieben ist. Äußerst interessant ist auch der politische Ausblick, was Deutschland und Europa vom neuen umstrittenen US-Präsidenten zu erwarten hat.

„Schwarzes Loch“ Ukraine

Allen war klar, dass durch Trumps Erfolg die Unterstützung der USA für die Ukraine garantiert schwinden würde und die Europäer mehr in die Pflicht genommen werden würden. Insbesondere Deutschland.

Schließlich hatte die Bundesregierung immer und immer wieder betont, fest an der Seite von Kiew zu stehen und deshalb konnte und kann sie sich nicht die Blöße geben, die Zahlungen an die Ukraine zu minimieren oder gar einzustellen.

Aber im laufenden Haushalt war und ist kein Geld mehr für die Unterstützung der Ukraine vorhanden. Und genau das war mit ein Grund – wenn nicht gar der auslösende – dass noch am selben Abend der US-Präsidentschaftswahl die Ampel, die am 8. Dezember 2021 großspurig als „Fortschrittskoalition“ angetreten war, wie eine Seifenblase platzte!⁷

„Schlammschlacht“ auf offener Bühne

Während sozusagen noch Trumps Siegerbilder über die Mattscheiben in den bundesdeutschen Haushalten flimmerten, gab Olaf Scholz um 21.22 Uhr völlig überraschend in einem Presse-Statement bekannt, Bundesfinanzminister Christian Lindner soeben entlassen zu haben.

Er sehe sich „zu diesem Schritt gezwungen, um Schaden von unserem Land abzuwenden“. Lindner habe allzu oft Gesetze aus sachfremden Gründen blockiert, „kleinkariert parteipolitisch taktiert“ und Vertrauen gebrochen, sei nicht „seriös“, um sich in die Büsche zu schlagen, die eigene Klientel zu befriedigen. Lindner habe eine andere Politik gewollt, die „nicht anständig, nicht gerecht gewesen“ sei und Sicherheit und Soziales habe gegen einander ausspielen wollen.⁸

Das Nachrichtenportal NIUS beschrieb Scholz als „wütendes Rumpelstilzchen.“⁹ Tatsächlich verlor dieser bei seiner Abrechnung mit Lindner kein Wort über das umfassende Versagen seiner Regierung in allen Bereichen.

Als neutraler Beobachter kann man den Gelb-Liberalen jedoch vorwerfen, dass sie ihre eigene Wählerschaft verraten haben, weil sie die Koalition der ökosozialistischen und linksgrünen Zerstörer so lange unterstützten. Das wiegt wahrlich schwer.

Kurz nach Scholz' öffentlicher Diffamierung seines einstigen Finanzministers rechnete auch Lindner mit dem Kanzler ab: „Er hat die wirtschaftlichen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger lange verharmlost. Seine Gegenvorschläge sind matt, unambitioniert und leisten keinen Beitrag, um die grundlegende Wachstumsschwäche unseres Landes zu überwinden, damit wir unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherung und unsere ökologische Verantwortung erhalten können. Olaf Scholz hat leider gezeigt, dass er nicht die Kraft hat, unserem Land einen neuen Aufbruch zu ermöglichen.“¹⁰

„Mit dem Rücken zur Wand“ – Lindners Weigerung seinen Amtseid zu verletzen

Letztlich aber hatte Christian Lindner seinem Regierungschef nahegelegt, Bundespräsident Steinmeier, um vorgezogene Wahlen im Jahr 2025 zu bitten. Ferner hatte er Vorschläge für eine Wirtschaftswende vorgelegt, um das Land wieder auf Erfolgskurs zu bringen, ganz nach dem Motto: Weg mit dem Lieferkettengesetz, weg mit dem Tariftreuegesetz, weg mit Asyl-Leistungen, runter mit den Steuern und weniger Klima-Ziele (BILD).¹¹ Zudem weniger Bürokratie, eine pragmatische Klima- und Energiepolitik, mehr Kontrolle bei der Migration, Stärkung von Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Innovationsfreude. Ziele, hinter denen auch die Wirtschaft stand.

Der Kanzler hingegen forderte von seinem Finanzminister, aufgrund des Ukraine-Kriegs eine Haushaltsnotlage auszurufen, die durch die Aussetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zur Aufnahme zusätzlicher Schulden berechtigen würde. Die Schuldenregel in Paragraph 115 des Grundgesetzes besagt nämlich, dass der Staat im Regelfall nicht viel mehr Geld ausgeben darf, als er einnimmt. Je nach Wirtschaftslage ist nur eine begrenzte Neuverschuldung erlaubt.¹²

Lindner berief sich darauf, dass er mit der Aussetzung der Schuldenbremse seinen Amtseid verletzen würde. Ebenso lehnte er die Ausnahmeregel ab, die es dem Bundestag mit einfacher Mehrheit erlauben würde, die Schuldenbremse in „außergewöhnlichen Notsituationen“ auszusetzen. Denn ein Krieg, der bereits zwei Jahre dauerte, sei keine „außergewöhnliche“ Notlage.

Daraufhin machte ihm der Kanzler deutlich, daß er, wenn er keine Haushaltsnotlage ausrufen würde, entlassen werde. Lindner blieb eisern, so dass Scholz die Zusammenarbeit mit ihm und der FDP aufkündigte.

Was folgte, waren weiteren Entlassungen, nämlich von FDP-Justizminister Marco Buschmann und FDP-Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger. Volker Wissing hingegen verließ die liberale Partei, um auf dem Posten des Verkehrsministers bleiben zu können und um zudem noch bis zu Neuwahlen als Justizminister zu agieren.

Neuer Finanzminister wurde der Scholz-Vertraute, Kanzlerberater und frühere Co-CEO von Goldman Sachs Deutschland und Österreich, Jörg Kukies; GRÜNEN-Landwirtschaftsminister Cem Özdemir übernahm zusätzlich das Bildungsministerium.¹³

„Ampel-Aus“ wegen Trump und Ukraine-Hilfsgeldern

Doch der „wahre“ Grund für die Regierungskrise wurde nur angedeutet, oder in den Zeitungsartikeln und TV-Berichterstattungen „versteckt.“ Zeit also, die vertuschte Wahrheit über das „Ampel-Aus“ zu offenbaren, die sehr viel mit den US-Präsidentschaftswahlen zu tun hat.

Das Wesentliche der Regierungskrise war und ist Folgendes: Das Geld für die Ukraine und andere Investitionen fehlte und fehlt im laufenden Bundeshaushalt noch immer. Das gab Scholz selbst am 7. November 2024 in einem Statement bekannt, in dem er erklärte¹⁴: Deutschland habe bislang fast 30 Milliarden Euro für die Ukraine und jährlich 12 Milliarden für die ukrainischen Flüchtlinge dazu bezahlt. „Das ist sehr viel Geld. Es gibt Bundesländer, die haben einen geringeren Haushalt. Es gibt sehr viele Ministerien in Deutschland, die haben einen kleineren Haushalt. Und wenn man denkt, das Geld kann man einfach mal so ausschütten, dann zündet man das Land an. Das heißt dann, dass man Entscheidungen treffen muss, dass wir Straßen nicht ausbauen, dass Schulen nicht weiter entwickelt werden, dass wir für die Forschung nicht investieren, dass wir nichts tun können für Wirtschaft und Arbeitsplätze. All die Dinge, die herausfordernd sind, weil wir sagen, wir wollen das jetzt auf Kosten von Entscheidungen in diesem Land machen. Und die Vorschläge, wie das gehen soll, sind dann ja auch: Bei der Rente kürzen, irgendwie bei bestimmten sozialen Sicherungssystemen, bei Gesundheit und Pflege zuzugreifen, um zu sagen, da holen wir was raus, damit wir das tun können, was unsere Pflicht ist, nämlich Unterstützung zu leisten.“

Scholz weiter: „Von den Ländern, die die Ukraine unterstützen, gibt es kaum eines, das diesen Weg geht, das alles aus dem laufenden Haushalt finanzieren zu wollen. Und ich sage, Deutschland hat das zwar bisher so gemacht, aber weil wir alles ausgekratzt haben, was man irgendwo finden konnte in den Ecken unseres Haushaltes. Nur irgendwann ist der Punkt erreicht und die Entscheidung lautet: Entweder wir spielen innere Sicherheit, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit, wirtschaftliche Sicherheit gegeneinander aus und sorgen dafür, dass der soziale Zusammenhalt und das Miteinander in Deutschland nicht mehr funktionieren. Oder wir sagen, das ist eine große, zeitlich vorübergehende Herausforderung, vor der wir stehen, wo aber klar ist, das müssen wir außerhalb des normalen Haushalts finanzieren. Das können wir nicht auf Kosten von Zukunft und Zusammenhalt in Deutschland tun! Das ist mein Standpunkt!“

In diesem Zusammenhang verriet Lindner ebenfalls in einem TV-Statement¹⁵ noch am selben Tag, dass er nicht mehr Geld an die Ukraine vergeben, sondern sie stattdessen mit jenen Waffen ausstatten wollte, die das Land brauchen würde. Insbesondere mit dem Waffensystem Taurus. Doch dazu hätte es von Seiten des Kanzlers „keine Bereitschaft“ gegeben. Es wäre nur darum gegangen, zusätzliche 15 Milliarden Euro Schulden zu machen, um vor den notwendigen Entscheidungen zu fliehen.

Zusammengefasst: Lindner wurde aus der Regierung rausgeworfen – und damit platzte die Ampel – weil er weitere Milliardenhilfen an die Ukraine verweigerte, denn diese konnten aus dem laufenden Bundeshaushalt nicht mehr lockergemacht werden. Und die Schuldenbremse wollte er aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht anfassen. Um das Geld dennoch aufzutreiben, wurden wohl auch Kürzungen bei den sozialen Sicherungssystemen, bei Gesundheit und Pflege und sogar bei der Rente thematisiert.

„Komme, was da wolle!“ – Bedingungslose Unterstützung der Ukraine

So weit geht also der unbedingte politische Wille, die Ukraine unter allen Umständen weiter zu finanzieren! Und das zu Lasten der eigenen Bevölkerung und damit des inneren sozialen Zusammenhalts.

Das gab die GRÜNEN-Bundesaußenministerin Annalena Baerbock ebenso zu, indem sie betonte, bei der Hilfe für die Ukraine nicht nachlassen zu wollen.

Auch SPD-Chefin Saskia Esken begründete die Notwendigkeit neuer Schulden vor allem mit dem Ukraine-Krieg.¹⁶

CDU-Politiker Roderich Kiesewetter ging sogar noch weiter, meinte, dass die Bürger darauf „eingeschworen werden müssten“, immer mehr Steuergeld an die Ukraine abzutreten. Konkret: „(...) wir müssen uns auch deutlichmachen, dass wir die Unterstützung der Ukraine nicht aus der Westentasche finanzieren können. Wir müssen unsere Bevölkerung auf erhebliche Entwicklungen einschwören, weil die Schwäche der Ukraine natürlich genutzt werden kann, mehr Druck auf die Bevölkerung auszuüben, und wir können jetzt nicht Massenflucht aus der Ukraine brauchen, sondern müssen der Ukraine eine positive Perspektive geben, in der EU künftig. Aber auch Aussicht, eine NATO-Mitgliedschaft zu erzielen, so dass die Bevölkerung weiß, es lohnt sich, in der Ukraine zu bleiben und weiterzukämpfen. Deswegen müssen wir Mittel freimachen, durch Umpriorisierung und durch, das, was der Kanzler versäumt hat, eine europäische Gemeinschaft, die in der Lage ist, Sicherheit für die Ukraine zu organisieren. Das ist das Wesentliche jetzt.“¹⁷

Also: Lassen Sie sich kein X für ein U vormachen – letztlich ist der Streit um weitere Milliarden-Hilfen für Kiew, welche für die USA unter Trump voraussichtlich wegfallen, der eigentliche Auslöser des „Ampel-Aus.“

Zu den tatsächlichen Kosten des Ukraine-Krieges und den angeblich „pazifistischen“ GRÜNEN und den scheinbaren „friedliebenden“ SPD-Genossen, die in Wahrheit durch immer neue Waffenlieferungen und diplomatische Inkompetenz einen kommenden militärischen Konflikt zwischen der NATO und Russland vorbereiten, in dessen Fokus Deutschland stehen wird, hat mein Bruder Michael Grandt eine aktuelle und brisante Broschüre geschrieben: „*Schlachtfeld Deutschland – Wie die Regierung unser Land in den Krieg führt – Die Chronik des Verschwiegengen*“. Kostenlos bestellbar bei DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN E.V.

Was kommt als Nächstes? Eine ungewisse Zukunft

Und was nun? Scholz jedenfalls will bis Ende 2024 mit einer Minderheitsregierung aus SPD und GRÜNEN weitermachen. Am 15. Januar 2025 sollen dann die Vertrauensfrage gestellt und danach gegebenenfalls Ende März 2025 Neuwahlen stattfinden.¹⁸

Die Opposition pocht jedoch auf schnellstmögliche Neuwahlen, CDU-Chef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz steht längst in den Startlöchern. Doch was dann?

Gehandelt wird nach den Wahlen bereits eine Große Koalition, angeführt von Merz, aus der inzwischen in großen Teilen ebenfalls auf „links gedrehten“ CDU/CSU und der ohnehin ökosozialistischen SPD. Aber auch mit den GRÜNEN wird inoffiziell geliebäugelt, um sich die nötigen Mehrheiten zu beschaffen. Dabei beweisen die Granden der Altparteien schon jetzt nicht unbedingt eine staatspolitische Verantwortung in dieser Krise. Denn jegliche Gespräche mit der nach jüngsten Umfragen zweitstärksten Partei im Bundestag, nämlich der AfD, werden nach wie vor rigoros ausgeschlossen. Und das, obwohl das Land mit dem Rücken zur Wand steht.

Bei einer Großen Koalition hingegen könnte auch die Schuldenbremse gelockert werden, um der Ukraine weitere Finanzhilfen zu ermöglichen.¹⁹ Letztlich aber bleibt die Frage: Wo soll das Geld herkommen? Darum dürfte sich der kommende Wahlkampf drehen.

Wie auch immer: Die schweren Zeiten werden zukünftig gewiss nicht einfacher werden. Deshalb ist es noch wichtiger, die konservativen Kräfte in Deutschland zu stärken. Und das ohne Wenn und Aber!

Die liberale und linke Politik hat komplett versagt und wird es weiterhin tun, ganz gleich, ob die betreffenden Parteien mit der CDU koalieren. Deren Handschrift bei jeglichen Entscheidungen wird nach wie vor das desaströse Makel dieser Republik sein. Wir können uns wahrlich keine weitere Regierung leisten, an der sich Linke und Ökosozialisten erneut beteiligen.

Und damit gerade jene, die unser Land erst abgewirtschaftet, also „abgewrackt“ haben!

QUELLEN:

¹ https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/712399/der-dwn-kommentar-scholz-gegen-lindner-ein-symbol-des-scheiterns-der-regierung-und-des-kanzlers?utm_content=link_10&utm_medium=email&utm_campaign=dwn_telegramm&utm_source=mid3168&f_tid=vD18AMA12cYG--2Ooldv0w

² https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/712399/der-dwn-kommentar-scholz-gegen-lindner-ein-symbol-des-scheiterns-der-regierung-und-des-kanzlers?utm_content=link_10&utm_medium=email&utm_campaign=dwn_telegramm&utm_source=mid3168&f_tid=vD18AMA12cYG--2Ooldv0w

³ <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2024/heft/7/beitrag/oekonomische-ungleichheit-und-das-erstarren-des-rechten-randes-die-empirische-suche-nach-einem-zusammenhang.html>

⁴ <https://www.bild.de/politik/ausland-und-internationales/trump-gegen-harris-der-wahlkampf-in-den-usa-im-liveticker-672348a1f7653a077c0e8a27#672b66d7048fa103a43c2241>

⁵ <https://www.n-tv.de/politik/US-wahl-2024/20-25-Auch-zweitreichster-Mensch-der-Erde-freut-sich-mit-Trump--article25334987.html>

⁶ <https://www.n-tv.de/politik/US-wahl-2024/20-25-Auch-zweitreichster-Mensch-der-Erde-freut-sich-mit-Trump--article25334987.html>

⁷ Siehe dazu beispielsweise: <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>; <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>; <https://www.bild.de/politik/inland/nach-ampel-aus-wirtschaft-unterstuetzt-lindner-gute-vorschlaege-672c0552ebdb8724738eafc4>

⁸ <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>; <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>; <https://www.nius.de/news/jetzt-spricht-lindner/c7f2fce5-6a8d-49fc-8ae9-9fbcb85405c4>

⁹ <https://report24.news/nur-minuten-nach-dem-kollaps-der-ampel-cdu-fordert-buerger-zum-verzicht-fuer-die-ukraine-auf/>

¹⁰ <https://www.bild.de/politik/inland/ampel-aus-lindner-attackiert-scholz-wirtschaftskrise-ignoriert-kalkulierter-bruch-der-koalition-672bdabc8e27da408d0b6a91>

¹¹ <https://www.bild.de/politik/inland/nach-ampel-aus-wirtschaft-unterstuetzt-lindner-gute-vorschlaege-672c0552ebdb8724738eafc4>

¹² https://www.businessinsider.de/wirtschaft/schuldenbremse-naechste-regierung-wird-schuldenregeln-lockern-vorschlaege-fuehrender-oekonomen/?tpcc=offsite_bi_e-mail_daily

¹³ https://www.businessinsider.de/politik/nach-dem-ampel-bruch-was-passiert-ist-wo-wir-stehen-und-wie-es-weitergeht/?tpcc=offsite_bi_e-mail_daily;

https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/minderheitsregierung-komplett-kukies-uebernimmt-finanzministerium-wissing-und-oezdemir-werden-doppelminister-a4929047.html?utm_source=nl-morning-sub&src=nl-morning-sub&utm_campaign=nl-morning_2024-11-08&src_cmp=nl-morning_2024-11-08&utm_medium=email&utm_content=0mtGn4NGs~177&est=5FedYpVh9%2BouGPULP7gZNkr3wGcFw7hIsaoUhu6G5D6mlieQ1em5M02kBJM3S%2Fmx%2Br4%2BBIMu%2Bg%3D%3D

¹⁴ Siehe: Phoenix (vor Ort) v. 07.11.24

¹⁵ Siehe: Phoenix (vor Ort) v. 07.11.24

¹⁶ <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>

¹⁷ <https://report24.news/nur-minuten-nach-dem-kollaps-der-ampel-cdu-fordert-buerger-zum-verzicht-fuer-die-ukraine-auf/>

¹⁸ <https://www.nius.de/politik/news/scholz-gegen-lindner-jeder-gegen-jeden-die-schleusen-der-dreckschuebel-sind-weit-geoeffnet/5a59c830-789b-4aeb-8e5b-5a5473db7653>

¹⁹ Vgl. dazu: https://www.businessinsider.de/wirtschaft/schuldenbremse-naechste-regierung-wird-schuldenregeln-lockern-vorschlaege-fuehrender-oekonomen/?tpcc=offsite_bi_e-mail_daily